

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Feststellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.,
ausw. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen An-
zeigengestellten angenommen. Im
allg. Zeitungsverzeichnis unter
Einkaufs- und Zeitungsverzeichnis
eingetragen. Für
unverändert eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Rücksendung nur mit der
Quittung. Halle, Zeitungsver-
zeichnis, Fern. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 7411, der Zeitung-Abt. Nr. 1133.

Zeitung

Anzeigenpreise:
Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Samstagsanzeigen 60 Pf., Nachmittags
die 2 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigengeschäfte. Erläuterung:
Halle, erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Geschäftsleitung und Haupt-Druck-
stelle: Halle, Neue Promen-
ade 1a, Dr. Draubausstr. 17.
Leben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 2a.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4694

Dankbare Aufgaben für die Bürgerräte.

In der schwierigen Zeit der grundlegenden Umwälzung in Deutschland haben sich in fast allen Städten Bürgerausschüsse und Bürgerverbände gebildet, die Zentren für die Vertretung der bürgerlichen Interessen gegenüber den plötzlich in den Vordergrund getretenen Forderungen der Arbeiterklasse oder, wie man aus demagogischen Gründen so gern sagt, des Proletariats sein sollten. Im Eifer des Gefühls haben diese bürgerlichen Organisationen ihre Aufgaben vielfach falsch aufgefaßt und ihrer Arbeit rein politische Richtschnur gegeben. Wo dies geschah, ist es meist zu einer weiteren Zuspitzung der Klassengegensätze gekommen, die den Versuch des Ausgleichs der verschiedenen Lebensinteressen unmöglich machte oder wenigstens stark erschwerete.

In der Bürgerverbände- oder Bürgerrat-Bewegung muß man zwei Richtungen unterscheiden, deren Mittelpunkt in Berlin und Leipzig liegt. Bei der Berliner Richtung, deren Organisator der bekannte Geheimrat Richter ist, tritt der politische Einschlag mehr in den Vordergrund, der das Bürgertum zu dem angeblich unauflösblichen Klassenkampf mit dem Proletariat wehrhaft zusammenfassen will, während die andere Richtung, an deren Spitze der bekannte Leipziger Demokrat Professor Goeß steht, von dem politischen Kampfscharakter der Organisation nichts wissen will, sondern sie auf rein wirtschaftliche Aufgaben einzustellen gewillt ist.

Nach den Erfahrungen, die in der Zwischenzeit, besonders in den Tagen des Kampfs mit dem Proletariat, besonders sind, wird man feststellen können, daß die Bürgerverbände nach dem Leipziger Muster die gefundeneren sind, weil sie weniger unter inneren politischen Spannungen leiden, als die andergerichtete Sammlung des Bürgertums, die durch die Hervorhebung der sogenannten „nationalen“ Gesichtspunkte zu Reibereien innerhalb des Bürgertums führt.

Es hat heute keinen Zweck, rückwärtend an der Haltung der Bürgerräte und Bürgerverbände Organisationen Kritik zu üben. Wo die Organisation falsch aufgefaßt war, ist sie meist unter dem Druck der Zeitereignisse zur Stationierung gekommen, wenn nicht gar zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken, weil es ihr an innerem Gehalt zum Nachweis ihrer Notwendigkeit fehlte. Es will uns aber sehr angehrlich erscheinen, daß der Bürgerverbände als solcher nicht verloren geht, sondern sich den Forderungen der Neuzeit anpaßt und das Bürgertum von neuem fest zusammenfaßt zur Abwehr der wirtschaftlichen Gefahren, die ihm nach wie vor und vielleicht mehr als je drohen. Unter innerpolitischen Leben hat im Laufe des letzten Jahres eine wesentliche Klärung insofern erfahren, als eine ziemlich tiefgreifende Scheidung der rein politischen und rein wirtschaftlichen Interessen erfolgt ist. Sie findet überdies ihren Ausdruck in der Schaffung des Reichswirtschaftsrats als des Parlamentes der wirtschaftlichen Produktivität neben der Gesetzgebungs- und Exekutivfunktion der politischen Volksvertretung. Die stehende Bewegung des Bürgertums, wie auch der Arbeiterklasse hat letzten Endes weniger politische als vielmehr wirtschaftliche Urforderungen. Wenn die wirtschaftliche Notlage heute immer noch sehr weit auf das politische Gebiet hinübergreift, so liegt der Grund dafür in der Tatsache, daß in der Vergangenheit die politischen Parteien weniger politische, d. h. Allgemeininteressen, als Sonderinteressen einzelner Volksteile und Berufsstände zu den ihrigen gemacht und die politische Anschauung gewissermaßen nur als Anhängsel angewendet haben. Diese Tatsache hat ihre Rückwirkung noch bis in die neueste Zeit, und die bürgerlichen Organisationen betrachten es als ihre vornehmste Aufgabe, ihre nach- und Berufsvertreter an bevorzugter Stelle auf die Wahlkisten der politischen Parteien zu bringen. Wie intensiv diese Forderung vertreten wird und welche Verärgerung und Verbitterung es schafft, wenn sie beim besten Willen nicht erfüllt werden kann, ist zu bekannt, als daß man darüber noch besonders sprechen müßte.

Der natürliche Gegenpart, der zwischen den bürgerlichen Sonderinteressen und den Allgemeininteressen besteht, läßt sich durch die politischen Parteien im Parlament nicht überbrücken oder ausgleichen, das haben die Ereignisse der Vergangenheit bewiesen. Im Gegenteil ist dadurch weitgehende Verbitterung und Parteiunfähigkeit entstanden, die sich in den unglücklichen Ergebnisse der letzten Wahlkämpfe Luft gemacht haben. Andererseits aber kann als feststehend angenommen werden, daß, wenn diese wirtschaftlichen Interessen ausgeglichen werden, die politischen Kampfsätze herausgesprochen und der Wahlpropaganda dadurch die Möglichkeit genommen wird, aus der wirtschaftlichen Unzufriedenheit vergiftete Wässer zu schmeiden, die poli-

tische Lage wesentlich entspannt werden kann. Um die Erhaltung des Lebens und des Unterlebens ringen heute alle Bevölkerungsteile in Deutschland ohne jede Ausnahme. Es geht nicht nur dem Arbeiter schlecht, dessen erhöhter Lohn immer noch nicht im richtigen Verhältnis zu den Ausgaben steht, an deren Berufsgruppen geht es noch viel schlechter. Die Politik kann hier keine Entspannung bringen, es kann nur die Verständigung über die Befreiung der Wirtschaftlichen Ursachen dieser Not eine grundlegende Besserung herbeiführen. Von allen Seiten werden kategorische Forderungen unter Androhung von Repressalien bei Nichterfüllung gestellt, ohne daß sich die Forderungen um die Möglichkeit der Erfüllung kümmern. Jeder vernünftige Mensch muß wissen, daß über diese Schwierigkeiten die brutale Gewalt nicht hinweghilft. Es nützt letzten Endes weder Streiks, noch Ausperrungen. Von allen Seiten wird zuviel demonstriert und protestiert, und man findet nicht den Mut, sich mit dem wirtschaftlichen Gegner zu einer gemeinsamen Beratung an einen Tisch zu setzen, die die Wege erschließen soll, auf denen beiden Seiten gehoben werden kann. Das Unglück ist, daß man bei der Gegenüberstellung der Mangel an gutem Willen voraussetzt, statt auf den dort sich tiefenhaft auswirkenden Schwierigkeiten Rechnung zu tragen. So kann es aber nicht weiter gehen. Durch Terror und Ultimatum rücken wir sonst Deutschland noch vollends zugrunde.

Im Reichswirtschaftsrat ist der Anfang gemacht zur Überbrückung der wirtschaftlichen Gegensätze durch verständige Beratung über die Mittel und Wege, welche das Uebel von Grund auf beseitigen. Diesem Reichswirtschaftsrat fehlt aber noch der Unterbau, der ihm die Fühlung mit der Volksmasse bringt. Es wird zwar schon der Versuch einer Organisation von oben herab durch Gründung von Bezirkswirtschaftsräten gemacht. Ehe das durchgeführt wird, werden aber noch Monate vergehen, die der praktischen Arbeit verloren sind. Hier öffnet sich für die Bürgerausschüsse ein dankbares und weites Betätigungsfeld. Sie können sich zu örtlichen beratenden Ausschüssen in Parlamenten entwickeln, in denen die Probleme eingehend erörtert, Gegenstände besprochen und zum Ausdruck gebracht und die Fühlung mit den Arbeiterorganisationen vermittelt wird. Bei gutem Willen auf beiden Seiten ist die Differenz wirtschaftlicher Art durch Verhandlungen zu schließen. Dazu muß aber der Gedanke des Kampfes bis zum äußersten der Idee der Notwendigkeit des friedlichen Zusammenlebens weichen. Kein Mensch hat das Recht, den anderen wirtschaftlich zu erdrücken, sondern die Pflicht, auch dem anderen die Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit zu lassen. Wer sich wirtschaftlich nur erhalten kann, indem er andere ruiniert, ist ein Schädling an der Allgemeinheit und muß von dieser in seine Schranken gewiesen werden. Was für die Einzelperson gilt, gilt auch für ganze Gruppen, die auf Kosten anderer sich Vorteile verschaffen wollen. Hier können die Bürgerausschüsse und Bürgerräte eingreifen. Die Aufgabe ist des Schweißes der Bellen wert, und wenn es ihnen gelingt, gegen die wirtschaftlichen Schädlinge, gegen Produzenten und Schieber, gegen Arbeitswillen und Produktionsverlust energisch einzuschreiten, dann werden sie an der Überwindung der wirtschaftlichen Krise und am Wiederaufbau mehr helfen, als wenn sie ihre Front einseitig gegen die vielfach irreführende Arbeiterchaft richten. Ja, es wird durch gemeinsame Tätigkeit und Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen manches Mißtrauen und mancher Zündstoff zum inneren Zusammenstoß beseitigt werden. Nicht Kampf darf die Parole sein, sondern: Auf zur gemeinsamen Arbeit aller Volksgenossen am Wiederaufbau.

Zur Lage in Oberschlesien.

Kattowitz, 28. August. Angesichts der Meldungen, die seit gestern von einer vorläufigen Beilegung der schlesischen Lage in Oberschlesien zu lesen waren, ließe mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß nach wie vor von allen Seiten neue Meldungen über Handreichungen und Lebergriffe der Polenbanden hier einlaufen. Es wäre gefährlich und für die deutsche Sache verhängnisvoll, zu früh an eine Beilegung des Zustandes glauben zu wollen. Verhandlungen jeder Art sind ohne praktischen Wert, solange die Soldaten und der polnische Landheer das Gewehr in der Hand tragen.

Durchsuchung des Kattowitzer Polizeipräsidiums.

Kattowitz, 29. August. (Eig. Meld.) Nachdem bereits in der Nacht zum Sonntag eine Durchsuchung des Polizeipräsidiums von französischen Truppen vorgenommen worden war, wurde am Sonntag nachmittag gegen 14 Uhr das Polizeipräsidium erneut von zwei Kompanien italienischer und eine Kompanie spanischer Truppen, im ganzen

etwa 500 Mann, umstellt und eine neue Durchsuchung vorgenommen. Hierbei wurden sämtliche Schränke, Türen und Schreibtische erbrochen und die Akten durchzusehen begonnen. Was nicht lesbar oder den Franzosen nicht verständlich war, wurde beschlagnahmt, unter anderem eine große Schachtel angerichtet. Auch eine Anzahl Waffen, die teils Privatbesitzern der Beamten waren, teils in Aufbewahrung gegeben waren, wurden konfisziert. Der durch diese beiden Durchsuchungen entwendete Schaden beträgt mehr als 20 000 Mark. Es soll sich hier um eine Denunziation der Polen handeln, die der Ansicht sein sollen, es bestünde eine geheime Umkartierung, von der sich belastende Schriften und Akten im Polizeipräsidium befinden. Wie wir erfahren, ist der Dienst des Polizeipräsidiums besonders hinsichtlich des Post- und Auslieferungswesens durch die Unterjuchungen vollständig unterbrochen.

Massenversammlungen in Berlin.

Berlin, 29. August. Auf einer Protestkundgebung der in Berlin lebenden Oberschlesier im Juliorten, an der etwa 50 000 Personen teilnahmen, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der u. a. eine reifliche Entwarnung der polnischen Banden, scharfe Abmahnung der begangenen Verbrechen, Ausweisung französischer nicht sachbar, aber geistig mitschuldigster Urheber, insbesondere der bekannten polnischen Führer, und Entschädigung der vertriebenen Landsleute, insbesondere der Hinterbliebenen der von Jungferntöten Ermordeten gefordert wurde. Ferner wurde verlangt, daß die französische Besetzung Oberschlesiens durch Truppen der Entente in Oberschlesien vertreiben allerhöchster Würde erfolgt werde. Die neue Kundgebung nahm einen ruhigen und imposanten Verlauf.

Friedensverhandlungen in Warschau.

Paris, 29. August. Nach einer „Temps“-Meldung aus Warschau sollen die Polnischen Behörden bereit sein, nach Unterzeichnung eines Waffenstillstandes im Monat der Friedensverhandlungen über den Frieden in Warschau fortzuführen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten begibt sich morgen nach Brüssel, um sich einer Besprechung mit dem Führer der polnischen Delegation, nach demselben Blatt wurde von den Parteiführern die fortwährende Einberufung des Reichstages verlangt.

Besetzung Wilna durch litauische Truppen.

Wilna, 28. August. (Eig. Meld.) Der Abzug aller bewaffneten Polnischen Truppen erfolgte am 25. August abends, während die unbewaffneten Angehörigen der Roten Armee sowie die Dienststellen Wilna bis heute abends 8 Uhr verlassen wollen. Gestern wurde durch Verordnung bekanntgemacht, daß von jetzt ab die Verwaltung der Stadt und des Landkreises Wilna allein der litauischen Nationalverwaltung und den von ihr eingesetzten Verwaltungsvorgängen zukommt; gleichzeitig wurde über die Stadt und den Landkreis Wilna der Kriegszustand verhängt.

Gestern erfolgte die endgültige Besetzung Wilna durch die litauischen Truppen. Mittags zog unter den Klängen der litauischen Hymne ein Regiment ein, im Laufe des Nachmittags folgten weitere litauische Truppenteile. Der Jubel der blumenstreuenden Bevölkerung war unbeschreiblich, Abends wurde auf dem Gebirgsberge die litauische Fahne gehißt. Darauf verließen 20 Kanonenschiffe die Befreiung der litauischen Hauptstadt.

Die angeblichen polnischen Erfolge.

Kattowitz, 29. August. Nach einer Londoner Meldung haben die polnischen Heere jetzt den größten Teil des etwa 60 000 Quadratkilometer großen Gebietes südlich von Litauen seiner Befreiung von Brüssel bis an die galizische Grenze fällt die reichliche Grenzgebiete mit der Czyszyn Linie annehmen. In Galizien aber halten die Polen ein ziemlich großes Gebiet außerhalb dieser Linie besetzt, einschließlich des Gebietes von Lemberg, welches der Oberste Rat Rußlands zugewiesen hat.

Der Abtransport der Gefangenen aus Sibirien gescheitert. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit:

Von der deutschen Fürsorgestelle in Moskau ist eine Sonderkommission unter Leitung des Herrn Friedrich Schäfer nach Sibirien abgereist, um den ordnungsmäßigen Abtransport der Kriegsgefangenen aus Sibirien sicher zu stellen. Der erste Transport aus dem Lager Kamsk ist bereits in Deutschland eingetroffen. Weitere Transporte sind auf dem Wege nach Moskau begriffen. Anfangs September findet in Krasno unter Teilnahme des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ein Zusammenkunft zwischen einer deutschen und einer russischen Gefangenenkommission statt, um den Abtransport der Kriegsgefangenen auf der Landwege über Litauen herbeizuführen. Ein Delegierter der Internationalen Komitees vom Roten Kreuz befindet sich bereits in Krasno, um die Vorarbeiten zu treffen.

Generalsirei in Württemberg.

Stuttgart, 29. August. Der erste Tag des Generalsireis ist bis zum Abend in der Hauptstadt des Landes ruhig verlaufen. Stuttgart ist ohne Licht, hat aber Wasser. In dem Vorort Interlathen befinden sich heute morgen etwa 100 junge Arbeiter der Daimler-Werke bei Waghäusel, wurden aber von der Polizei wieder vertrieben. Einmal lebhafter gestalte sich die

